



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Universitätsbibliothek Paderborn**

## **Nordrhein-Westfalen-Programm 1975**

**Nordrhein-Westfalen / Landesregierung**

**Düsseldorf, 1970**

1. Planvoller Wandel

**urn:nbn:de:hbz:466:1-8442**

## 1. PLANVOLLER WANDEL

Die heutige Welt wandelt sich so tiefgreifend und umfassend wie nie zuvor. Es ist die Einsicht dafür gewachsen, daß dieser Wandel nicht sich selbst überlassen werden kann. Seine Steuerung ist die Schlüsselaufgabe der Gegenwart. Die Wandlungsbereitschaft ist der Maßstab möglichen Fortschritts. Nordrhein-Westfalen steht in einem Wandlungsprozeß besonders großen Ausmaßes. Das Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 soll zum richtunggebenden Beispiel eines planvollen Wandels werden.

### 1.1

#### Vom Entwicklungsprogramm Ruhr zum Nordrhein-Westfalen-Programm

Das von der Landesregierung im März 1968 vorgelegte Entwicklungsprogramm Ruhr war ein Handlungsplan zur Meisterung der wirtschaftlichen Krisensituation im Ruhrgebiet. Das Programm war erfolgreich. Nunmehr gilt es, eine räumlich, zeitlich und finanziell abgestimmte Konzeption des Regierungshandelns für das gesamte Landesgebiet zu verwirklichen. Dazu soll das Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 dienen. Die im Entwicklungsprogramm Ruhr vorgesehenen Investitionen sind, soweit nicht bereits erfolgt, unter den neuen wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen des Programmzeitraums wieder einbezogen worden.

Das Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 gilt für die Jahre 1971 bis 1975. Soweit Maßnahmen des Programms bereits im Jahr 1970 durchgeführt werden müssen, ist dies besonders aufgeführt. Das Programm erfaßt nicht alle Leistungen und Maßnahmen, die von Regierung und Verwaltung im Programmzeitraum erbracht werden. Es sind nur Bereiche mit besonders großer struktur- und gesellschaftspolitischer Bedeutung ausgewählt worden. Neben den Maßnahmen im Rahmen des Nordrhein-Westfalen-Programms 1975 werden die Behörden des Landes und die Kommunen zahlreiche weitere Aufgaben erfüllen.

Die Zusammenfassung der vorgesehenen Maßnahmen in den Teilen 3. bis 9. des Programms sagt nichts über die zukünftige Zuständigkeit zur Erfüllung der Einzelmaßnahmen

aus. Die Aufgaben sind – wie bisher – unter der Verantwortung des jeweils zuständigen Ministers von den Behörden des Landes durchzuführen. Soweit die Gemeinden und Gemeindeverbände Träger der Aufgaben sind, wird ihre Stellung als Selbstverwaltungskörperschaften nicht angetastet. Soweit die Zuständigkeiten des Bundes berührt sind, wird die Landesregierung ihre Wünsche gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat vorbringen.

## 1.2

### Von der Raumplanung zur Entwicklungsplanung

Das Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 ist eine neue Form der mittelfristigen Planung des Regierungshandelns. Mit der Landesplanung und der Bauleitplanung als raumbezogenen Planungsarten allein kann eine wachstumsgerechte Landesentwicklung nicht mehr gemeistert werden. Der soziale Prozeß in dem komplizierten Gefüge der heutigen Gesellschaft muß durch bewußte Steuerung im Gleichgewicht gehalten werden. Die Aufgaben sind: Wirtschaftsförderung, Sicherung der Vollbeschäftigung auch in den vom Strukturwandel erfaßten Gebieten, langfristige und nachhaltige Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens in allen Wirtschaftsräumen, Entwicklung des Bildungswesens, Verbesserung der Verkehrsnetze, Verbesserung der Umweltsituation, Entwicklung von Erholungsgebieten, Ausbau der Einrichtungen des Gesundheitswesens usw. Alles dies läßt sich nur in einen sinnvollen Gesamtrahmen bringen, wenn die Planung mehr als lediglich die Ordnung des Raumes zum Ziel hat. Das Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 erfaßt daher über den räumlichen Bezug hinaus auch den Zeitfaktor und die Finanzierung.

## 1.3

### Von der Kohle zur Atomenergie

Der Energiebedarf wird in den nächsten Jahrzehnten außerordentlich wachsen. Der Stromverbrauch wird sich etwa alle zehn Jahre verdoppeln. Nordrhein-Westfalen ist in seiner Energiewirtschaft stark durch

die Kohle geprägt. Die Steinkohle hat jedoch ihre vorherrschende Stellung an das Öl verloren. Trotz dieser rückläufigen Entwicklung kann die Wirtschaft auf Steinkohle nicht verzichten. Für die bestehenden Kraftwerke muß die Brennstoffversorgung sichergestellt bleiben. Für die Eisen- und Stahlindustrie muß genügend Koks erzeugt werden. Auch beim Hausbrand und Kleinverbrauch wird die Kohle nicht völlig vom Öl und vom Gas verdrängt werden. Zudem ergeben sich im Rahmen der Kernenergietechnik neuartige Anwendungs- und Absatzmöglichkeiten für die Kohle.

Die Entwicklung neuer Reaktortypen mit höheren Kühlmitteltemperaturen läßt kostengünstigere Verfahren für die Vergasung und Hydrierung von Stein- und Braunkohle erwarten. Das Kühlgas der Reaktoren soll zukünftig unmittelbar in angeschlossenen Turbinen zur Stromerzeugung genutzt werden. Durch das Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 werden die hierfür nötigen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten besonders gefördert. Der Bau von Kernkraftwerken in Nordrhein-Westfalen wird gleichzeitig dazu dienen, die kerntechnische Industrie zu einem leistungsfähigen und exportintensiven Industriezweig auszubauen.

## 1.4

### Von der Stagnation zum Wachstum

Im vergangenen Jahrzehnt ist die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen nicht so stark gewachsen wie im übrigen Bundesgebiet. Die Stagnation der Jahre 1966 und 1967 war hier noch nachhaltiger als in Süddeutschland. Nordrhein-Westfalen ist mehr als andere Länder durch Wirtschaftsbereiche belastet, die aus sozialen und nationalen Gründen nicht aufgegeben werden können. Der Anschluß an das Wirtschaftswachstum des übrigen Bundesgebiets darf trotzdem nicht verlorengehen. Dies kann nur erreicht werden, wenn alle Maßnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen Strukturwandels dem übergeordneten Ziel dienen, das Verhältnis zwischen wachstumsstarken und wachstumsschwachen Wirtschaftszweigen zu verbessern. Voraussetzung dafür ist die Verbesserung der Umstellungs-

fähigkeit der Wirtschaft insgesamt. Im Rahmen des Nordrhein-Westfalen-Programms 1975 soll daher im verstärkten Umfang die Umstellung von Betrieben auf neue Fertigungen mit hoher Produktivität und guten Wachstumsaussichten gefördert werden. Die Ansiedlung neuer Betriebe soll möglichst an einem Standort oder in arbeitsteiliger Nähe eines Standorts erfolgen, dessen öffentliche Grundausstattung als Entwicklungsschwerpunkt ebenfalls vorrangig ausgebaut wird. Dabei ist darauf zu achten, daß die Förderungsmittel so eingesetzt werden, daß sie zu einer sinnvollen Ergänzung der regionalen Wirtschaftsstruktur beitragen.

Die Arbeitsplätze sind zur Zeit zwar nicht bedroht; es wird aber künftig seltener als bisher möglich sein, ein Leben lang denselben Arbeitsplatz zu behalten. Den Arbeitnehmern müssen daher die Zukunftsaussichten der verschiedenen Berufe deutlicher aufgezeigt werden. Es sollen deshalb gezielte Aufklärungsaktionen über die zukünftigen Aussichten verschiedener Berufe durchgeführt werden. Die Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung, Fortbildung und Umschulung werden erheblich ausgeweitet. Regionale Umschulungsstellen und die Zahlung von hohen Stipendien werden die berufliche Mobilität der Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen wesentlich erhöhen.

## 1.5

**Vom Bildungsnotstand zum Bildungsvorrang**

Die Bildung hat in der Bundesrepublik mehr als ein Jahrzehnt nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Bewußtseins gestanden. Im internationalen Vergleich besteht ein erheblicher Rückstand. Einige Bevölkerungsgruppen sind in ihren Bildungschancen noch immer deutlich benachteiligt. So gibt es vor allem in ländlichen Gebieten zu wenig Gymnasien. 1975 sollen mehr Schüler und Studenten die Möglichkeit haben, an mehr und besseren Schulen und Hochschulen ausgebildet zu werden. Den Neigungen und Fähigkeiten des einzelnen muß mehr Raum gegeben werden. Deshalb müssen Schüler und Studenten mehr Wahlmöglichkeiten haben. Dazu sind die Lehr- und Lernverfahren zu ändern. Das Lernen, wie man lernt, ist so wichtig wie die Vermittlung des Stoffs. Heute fehlen noch über zehn Prozent der notwendigen Lehrer, aber fast jeder zweite Student will Lehrer werden. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wird es möglich sein, den Lehrbedarf zu decken. In den nächsten Jahren werden daher zunehmend Reformen des Schulsystems durchgeführt werden können. Die alten Universitäten müssen durch neue Universitäten mit erziehungswissenschaftlichem Schwerpunkt in der Aufgabe der Lehrerausbildung entlastet werden.

## 1.6

**Von der Gebietsförderung zur Standortförderung**

Nach dem zweiten Weltkrieg hatten Land und Gemeinden den Wohnungsbau zu fördern, Straßen zu bauen, Schulen zu errichten, Versorgungsunternehmen wieder in Gang zu setzen und viele andere dringende Bauaufgaben zu erfüllen. Der Bedarf war so groß, daß Investitionen an fast jedem Ort gerechtfertigt waren. Mit dieser Lage kann heute und in Zukunft nicht mehr gerechnet werden. Die gegenseitigen Abhängigkeiten der Investitionen für die öffentliche Grundausstattung des Landes haben zugenommen. Von der richtigen Zuordnung der neuen zu den schon vorhandenen Einrich-

tungen hängt die Gesamtwirkung der öffentlichen Förderungsmaßnahmen ab. Dem zufälligen Beieinander muß die räumliche Ordnung folgen. Die Gebietsförderung war die angemessene Antwort auf Massennotstände. Die Standortförderung soll nach dem Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 der vorrangige Maßstab für die räumliche Verteilung aller strukturwirksamen Mittel sein. Die Förderung des Wohnungsbaus, des Städtebaus und der Ansiedlung neuer Betriebe soll daher mit Vorrang an den Entwicklungsschwerpunkten des Landes erfolgen. Knotenpunkte und Haltestellen regionaler Schnellbahnsysteme sind besonders zur städtebaulichen Verdichtung geeignet.

## 1.7

**Von der Straße zum Verkehrssystem**

Das Straßennetz in Nordrhein-Westfalen muß weiter ausgebaut werden. Die Autofahrer dürfen nur eine Entfernung von 10 km zu einem Netz von vierspurigen Autobahnen oder autobahnähnlichen Straßen zu überwinden haben. Die Straßenengpässe in den Gemeinden müssen beseitigt werden. Damit ist das Verkehrsproblem jedoch nicht gelöst. Im Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 geht daher die Verkehrsplanung über den Straßenbau weit hinaus. Ein umfassendes Verkehrssystem auf der Straße, auf der Schiene, in der Luft und auf den Wasserstraßen ist das Ziel. Neben dem Ausbau des Straßennetzes ist die Beseitigung höhen gleicher Bahnübergänge, der Aufbau von S-Bahn- und Stadtbahnnetzen und der Ausbau von Stadt- und Stadtteilzentren vorgesehen. Die Erkenntnis der gegenseitigen Abhängigkeit von Verkehr und Städtebau soll der Maßstab für Investitionen sein. Die Knotenpunkte und Haltestellen des regionalen Schnellbahnsystems müssen in die Mitte verdichteter Wohngebiete und Arbeitsstätten gelegt werden. Häufig werden auch städtebauliche Verdichtungen erst um bestehende Bahnhöfe in Fußgängerentfernung entwickelt werden müssen. Zwischen Auto, Bus, Bahn und Flugzeug muß man leicht umsteigen können. Durch regelmäßige und kurze Zug- oder Busfolge, Abstimmung der Fahr-

pläne, einheitliches Tarifsystem, Verkehrsverbund besonders in den ländlichen Gebieten und bessere Information über das gesamte Verkehrsangebot muß der öffentliche Personennahverkehr helfen, den individuellen Straßenverkehr zu entlasten.

## 1.8

**Von der Schreibmaschine zum Computer**

Die öffentliche Verwaltung hatte noch vor wenigen Jahren auf allen Ebenen eine Gliederung, die aus dem 19. Jahrhundert stammte. Lange war die Verwaltung ordnende Verwaltung. Die leistende Verwaltung erbrachte ihre Dienste häufig ohne gesamtwirtschaftliche Zielsetzung und mit ungenügender Wirksamkeitskontrolle. Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit müssen Maßstäbe der Verwaltungstätigkeit werden. Die kommunale Gebietsreform wird leistungsstarke Gemeinden und Kreise schaffen. Die Neugliederung der übrigen Verwaltungsebenen wird sich anschließen. Die Arbeitsweise der Verwaltung wird weiter rationalisiert werden. Die Vorteile der elektronischen Datenverarbeitung müssen genutzt werden. Die zeitraubend formulierten Berichte und Verfügungen müssen dem automatischen Datenabruf und dem programmgesteuerten Schnellausdruck von Bescheiden weichen. Für Regierung und Verwaltung wird die elektronische Datenverarbeitung nicht nur zur Rationalisierung der Verwaltungsdurchführung beitragen, sondern auch durch bessere Auswertung vorhandener Informationen als Führungsinstrument eingesetzt werden können.

